

TEXT PODCAST

14. Mai 2013

Sendefähiger Audiobeitrag zum Thema:

## **Bertelsmann Stiftung und Verbraucherzentrale Bundesverband fordern integrierte Krankenversicherung**

Die Bertelsmann Stiftung und der vzbv sprechen sich dafür aus, die gesetzliche und private Krankenversicherung zusammenzuführen. Beide Organisationen haben die Ergebnisse ihrer Untersuchungen zur Krankenversicherung der Zukunft vorgestellt.

Link zur Pressemitteilung: <http://www.vzbv.de/11583.htm>

O-Töne von

- **Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv)**
- **Dr. Stefan Etgeton, Bertelsmann Stiftung**
- **Roland Weber, Vorstandsmitglied DEBEKA-Versicherung**
- **Dr. Rolf-Ulrich Schlenker, stellv. Vorsitzender BARMER GEK**

Deutschland ist das letzte Land der Erde, in dem es eine private und eine gesetzliche Krankenversicherung gibt. Diese Aufspaltung ist ineffizient und problematisch, argumentieren der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) und die Bertelsmann Stiftung. Beide Organisationen sprechen sich daher dafür aus, die gesetzliche und die private Krankenversicherung zusammenzuführen. Die Zukunft gehört der integrierten Krankenversicherung, denn das bisherige, zweigeteilte System hat viele Nachteile, so Gerd Billen, Vorstand des vzbv:

### **O-Ton 1 Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:38 Min)**

*Wenn wir den Blick nach vorne richten, dann gibt es einige Dinge, die wir verbessern möchten. Das betrifft die Versorgungssicherheit und die Versorgungsgerechtigkeit. Es kann nicht sein, dass gesetzlich Versicherte länger auf einen Arzt warten müssen. Genauso wenig macht es Sinn, dass Privatversicherte zu viel oder unnötig behandelt werden. Deswegen ist es für die Zukunft eher ein Weg, dass wir eine integrierte Krankenversicherung haben, wo auch Ärzte für ihre Leistungen gleich bezahlt werden. Es ist dann nicht mehr so, dass Ärzte sozusagen geködert werden durch PKV-Patienten, weil sie einfach mehr daran verdienen.*

„Eine integrierte Krankenversicherung ist im Interesse aller, auch der Privatversicherten“, so Gerd Billen weiter. So haben zum Beispiel insbesondere ältere privat Versicherte damit zu kämpfen, dass ihre Beiträge erheblich steigen. Doch der Weg zu einem Integrierten Krankenversicherungssystem ist steinig. Um aufzuzeigen wie die notwendigen Reformschritte aussehen könnten, haben die Bertelsmann Stiftung und der vzbv einen Zehn-Punkte-Plan vorgelegt. Dazu Stefan Etgeton von der Bertelsmann Stiftung:

### **O-Ton 2 Stefan Etgeton, Bertelsmann Stiftung (0:32 Min)**

*Der wichtigste Punkt ist, dass wir die Honorare der Ärzte angleichen. Das ist das, was in der Versorgung den größten Unterschied ausmacht, dass der Arzt für den privat Versicherten 2,6 mal so viel bekommt, wie für den gesetzlich Versicherten. Dass muss angeglichen werden*

*und zwar in einer Art und Weise, die Ärzte im Grundsatz nicht schlechter stellt. Wenn das geregelt ist – und das ist ein Prozess, der dauert sicher fünf bis sechs Jahre – dann glaube ich wird zunehmend auch die doppelte Finanzierung fragwürdig werden, und dann haben wir zumindest schon mal das versorgungspolitische Problem gelöst.*

Doch eine integrierte Krankenversicherung erfordert auch ein neues Finanzierungsmodell. Die Bertelsmann Stiftung und der vzbv plädieren für eine Finanzierung aus drei Säulen: den Beiträgen von Arbeitnehmern und von Arbeitgebern sowie aus Steuermitteln.

**O-Ton 3 Stefan Etgeton, Bertelsmann Stiftung (0:23 Min)**

*Ich muss schon gucken, wie schaffe ich es, die anderen die anderen Einkommensarten, also Kapitalerträge, Mieteinkünfte – mit heranzuziehen für den Beitrag. Dann gibt es, je nach Modell unterschiedlich, Entlastungen bei den unteren Einkommensgruppen, - insbesondere beim direkten Steuerzuschuss ist das sichtbar – während die mittleren bis oberen Einkommen belastet werden.*

Von Seiten der privaten Krankenversicherungen jedoch gibt es Kritik. Roland Weber, Vorstandsmitglied der DEBEKA-Versicherung fürchtet um die Stabilität des heutigen Systems:

**O-Ton 4 Roland Weber, DEBEKA-Versicherung (0:34 Min)**

*Ich glaube, dass dann stärker Gesundheitspolitik nach Kassenlage gemacht würde, insbesondere wenn man wie hier von der Bertelsmann Stiftung und vzbv gefordert, den Steuerzuschuss zur integrierten Krankenversicherung erhöht. In der Praxis ist es dann so, dass in finanziell schwierigen Situationen am Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenversicherung gerüttelt würde, dass das Leistungsniveau herabgefahren würde. Bisher ist es immer gelungen, dies zu verhindern, weil immer die private Krankenversicherung als Konkurrenz da war und man Angst hatte: wird das Niveau der GKV zu stark runtergefahren, dann wechseln zu viele freiwillig Versicherte in die private Krankenversicherung.*

Rolf-Ulrich Schlenker, Vorsitzender der gesetzlichen Krankenkasse BARMER GEK plädiert für eine Beitragsfinanzierung der Krankenkassen. Im Gegensatz zur privaten DEBEKA-Versicherung steht er jedoch der Idee der integrierten Krankenversicherung positiv gegenüber:

**O-Ton 5 Rolf-Ulrich Schlenker, BARMER GEK (0:25 Min)**

*Wir sind als gesetzliche Krankenkassen der Meinung, dass wir eine Vereinheitlichung des Krankenversicherungsmarktes brauchen. Das heißt, wir wollen jetzt nicht unbedingt die private Krankenversicherung abschaffen, sondern wir wollen, dass es einheitlich gleiche Bedingungen gibt, unter denen die Versicherungen arbeiten und vor allem dann die Patienten auch die Leistungen in Anspruch nehmen können.*

Um gesetzliche und private Krankenversicherung zusammenführen zu können, bedarf es einer politischen Grundsatzentscheidung, so Gerd Billen vom Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv). Doch es braucht Zeit, bis die Detailfragen geklärt sind:

**O-Ton 6 Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:26 Min)**

*Ich würde schon einen Zeitraum zwischen vier und acht Jahren für eine solche Reform ansetzen. Wenn sie politisch gewollt ist, dann brauch man ein paar Jahre, um die Dinge gut auf den Weg zu bringen. Am Ende glaube ich hat man ein Krankenversicherungssystem, das gerechter ist, das effizienter ist, das nachhaltiger ist, und deswegen setzen wir uns auch dafür ein, diesen Reformprozess zu begeben.*

**ENDE**